



Stoppt den Waffenhandel!

Newsletter der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!
Nr. 43 vom 03.10.2014

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

mit der Frage „Frieden schaffen - mit immer mehr Waffen?“ beginnt ein Artikel zur Situation im Irak von Pirmin Spiegel, dem Geschäftsführer von Misereor, einer der Trägerorganisationen von Aktion Aufschrei. Spiegel liefert darin überzeugende Argumente gegen die Waffenlieferungen an die Kurden im Irak und zeigt Alternativen auf.

Auch andere Organisationen waren in den letzten Wochen wieder aktiv. So fordert zum Beispiel eine Menschenrechtsdelegation, die in die kurdischen Autonomiegebiete (Irak/Syrien) gereist war, um sich vor Ort über die Situation zu informieren, die Grenzen für humanitäre Hilfe und Flüchtlinge zu öffnen, sie aber für Waffen und Kämpfer zu schließen. Außerdem hat sich die IG Metall Stuttgart in einer Resolution für Rüstungskonversion und gegen Rüstungsexporte ausgesprochen und findet hoffentlich bald Nachahmer.

Rheinmetall-Chef Papperger hat sich in die Debatte über Rüstungsexporte eingeschaltet. Bemerkenswert war dabei weniger seine Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, sondern sein Argument, dass andere EU-Länder weniger zimperlich bei Exportgenehmigungen seien. Dass die Bundesregierung jetzt erneut umfangreiche Rüstungsexporte in arabischen Staaten genehmigt hat, zeigt dass diese Drohungen der Rüstungslobby fruchten. Und es macht deutlich, wie wichtig es ist, auch auf EU-Ebene für ein Verbot von Rüstungsexporten einzutreten. Einschlägige EU-Richtlinien anzuwenden und auszubauen wäre auch wichtiger, als die Ukraine zu einem Bollwerk gegen Russland aufzubauen.

Die im Folgenden angerissenen Themen sind eine kleine Auswahl der zahlreichen Meldungen zu Rüstungsexporten. Lesen Sie mehr davon auf unserer Website unter "[Neues](#)".

Mit herzlichen Grüßen

Anke Wollny und Otto Reger
Online-Redakteurin und Online-Redakteur der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!

Bundesregierung billigt umfangreiche Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten

Die deutsche Bundesregierung hat erneut umfangreiche Rüstungsexporte an Staaten mit problematischer Menschenrechtslage wie Katar oder Saudi-Arabien genehmigt. Das berichtete die Süddeutsche Zeitung.

Irak und Syrien: Grenzen schließen für Waffen und Kämpfer – Grenzen öffnen für humanitäre Hilfe und Flüchtlinge

Die Vertreter einer Menschenrechtsdelegation fordern gemeinsam mit Kampagnensprecherin Christine Hoffmann, die Grenzen zu den kurdischen Autonomiegebieten für Waffen und Kämpfer zu schließen und sie für humanitäre Hilfe und Flüchtlinge zu öffnen.

IG Metall Stuttgart: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend

Die Delegierten der IG Metall Stuttgart haben eine Resolution verabschiedet, in der sie die Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte scharf verurteilen.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Rüstungsfirmen drohen mit Abwanderung

Wirtschaftsminister Gabriel will die Rüstungsexportpolitik restriktiver gestalten. Daher droht die Rüstungsindustrie erneut mit Abwanderung ins Ausland, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, die darüber mit Rheinmetall-Chef Papperger gesprochen hat.

Jan van Aken: Humanitäre Hilfe statt Waffen in den Irak

Derzeit ist die erste deutsche Waffenlieferung auf dem Weg in den Irak. Jan van Aken (Linke) hält es für absurd, noch mehr Waffen in diese Kriegsregion zu liefern, während die Kurden in Nordsyrien nicht einmal Medikamente aus Deutschland bekommen.

Friedenslogik statt Kriegslogik!

Der Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel spricht sich in einem Kommentar gegen die Waffenlieferungen an die irakischen Kurden aus. Eine verantwortliche Außenpolitik sehe anders aus, so Spiegel.

Waffen in den Irak: Möglichkeiten der zivile Konfliktlösungen werden zu spät diskutiert

Zwischen "Raushalten" und "Waffen liefern" gibt es im Irak auch andere Möglichkeiten zu handeln, meint Wolfgang Heinrich, Referent für Friedensarbeit von „Brot für die Welt“.

Gabriel will die Rüstungsindustrie ziviler machen

"Die Zeit" beschreibt in einem Artikel vom 4. September, welche Pläne zu Rüstungsexporten und Rüstungsindustrie Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, SPD, verfolge. Demnach gehe es Gabriel um drei Ziele.

ATT: Internationales Waffenhandelsabkommen tritt an Weihnachten in Kraft

Medienberichten zufolge haben seit 25. September über 50 Länder den im vergangenen Jahr ausgehandelten UN-Waffenhandelskontrollvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) ratifiziert. Dadurch werde er 90 Tage später, also am 25. Dezember, internationales Recht. Mit Waffenlieferungen an die Kurden untergräbt die Bundesregierung auch die Ziele des ATT.

2

Aktion Aufschrei können Sie auch so unterstützen:

- Facebook-Präsenz besuchen und „teilen“ oder „mögen“

<https://www.facebook.com/Stopptdenwaffenhandel>

- Folgen Sie uns auf Twitter“

<https://twitter.com/AktionAufschrei>

- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>

- Eigene Veranstaltung planen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltung-planen.71.0.html>

- Spenden

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Spenden.75.0.html>

- Newsletter direkt abonnieren:

<https://info.dfg-vk.de/listinfo/aufschrei-waffenhandel-info>

- Newsletter per E-Mail abonnieren

newsletter-bestellen@stoppt-den-waffenhandel.de

Rückmeldung: Lob, Kritik, Anregungen bitte per E-Mail an:

info@aufschrei-waffenhandel.de